

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Platz 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis

Im Saale vierteljährlich 2,50 M., drei monatlicher Zeitungen 2,75 M., durch den Post 3 M., pro monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Herrn-Dr. Moritz Schaefer in Halle.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Nr. 328.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 17. Juli

1900.

Reichsrecht und Landrecht.

Am Anfang an eine von der sozialdemokratischen Partei eingetragene Interpellation ist im Reichstage kurz vor seiner Verlegung erörtert worden, ob die in Inhalt und Zweck l. L. erlassenen Gesetze über die Bestrafung des Kontrahenten landwirtschaftlicher Arbeiter und die vom Senate der freien Stadt Lübeck erlassene Verordnung über das Postensuchen bei Streich dem Reichsrecht widersprechen oder nicht.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

\* Der Kaiser befehligte gestern in Dronkheim der Dom und unternehmend dann einen Ausflug nach Heilsbrunn. Eine Delegation der Kommunen. Zur Frage der Provinzial-Delegationen ist offiziell darauf hingewiesen worden, daß die künftige Verfassung der Delegationen nicht an der Hand einer einzelnen, einheitlichen Formel gefaßt werden solle, sondern unter sorgfältiger Erwägung und Abwägung der Verhältnisse der einzelnen Landesheile.

der die neu gewonnenen Mittel zum Ausgleich der Verhältnisse in den Kommunalverbänden zu verwenden sind, damit der in den Gemeinden vielfach herrschende schwere Mangel an Mitteln beseitigt werden kann. Die Provinzen tragen an ihren Angehörigen und Bürgern nicht unbedeutend so schwer, wie viele Gemeinden an ihren Schul- und Armenlasten; und da der Staat ihnen die Verpflichtungen übertragen hat, denen sie sich nicht entziehen können, so ist dem Staate auch die Pflicht anzuempfehlen, selbst und ansehnlich einzutreten, um die Lasten zu lindern.

Katholische und protestantische Civilisation.

Durch übergrößen Verheerungen hat sich der Ultramontanismus noch nie ausgebreitet; es kommt ihm auch durchaus nicht darauf an, gelegentlich der Wahrheit Gewalt anzutun. Was sich aber die „Kirchenzeitung“ für das katholische Deutschland“ in einer vergleichenden Untersuchung über katholische und protestantische Civilisation leistet, ist ein so hartes Stück, daß es weiteren Kreisen als unerschütterlich überliefert und unerschütterlich angesehen werden muß. Die genannte Zeitung schreibt in ihrer Nr. 10:

Die jüngsten katholischen Universitäten haben dem gelügeln Leben der Menschheit und der fortschreitenden Wissenschaft irgend etwas besonders Neues nicht geliefert. Die reichen Schätze menschlichen Wissens und immer fortschreitender Erkenntnis sind die Früchte emigen Fleißes ihrer Universitäten, die sich der dem Ultramontanismus so überaus verhassten gelügeln Freiheit erfreuen, welche man in der Enghirzigkeit des Papsttums und der dasselbe beherrschenden Parteien vergebens sucht. Man denke nur an Professor Schell in Würzburg! Die Behauptung, daß die meisten protestantischen Universitäten Europas von Protestanten gegründet worden seien, ist eine Unwahrheit, die jeden Augenblick beweiskräftig zerfallen kann.

\* Die die „Frei. Zig.“ einem Privatbriefe entnimmt, kam der Reichskanzler Fürst Hohenhausen am Samstag den 14. d. d. nach Halle, wo er dem dort mit Frau und Töchtern zur Erholung weilenden Centrumsführer Dr. Treber einen Besuch abstattete. — Man darf wohl annehmen, daß in der Unterhaltung der beiden Vorklämmer auch die Ereignisse in China und die Einberufung des Reichstages eine Rolle gespielt haben.

\* Im Reichstagswahlkreise in Teils-Sogelsmarz-Wolfflagen, dessen Mandat durch den freiwilligen Verzicht des Abgeordneten erledigt ist, haben Vertreter der konservativen Partei beschlossen, einen eigenen Kandidaten in der Person des Gutsherrn Lippold in Weiskopf anzustellen.

Der Lippold ist Vertretermann des Bundes der Landwirthe im Kreise Mittel. Die Delegation des Bundes hat aber schon die Bundesmitglieder aufgefordert, für den von den Antikenten aufgestellten Kandidaten zu stimmen und sich nicht für die Ernennung eines konkurrierenden Kandidaten zu interessieren. Die Bundesmitglieder im Wahlkreise Teils-Sogelsmarz-Wolfflagen sind indessen, wie es scheint, nicht willens, sich dieser Aufforderung zu fügen; sie wollen einen Vertreter, der in Weiskopf wohnt, während sie zuletzt durch einen Somburger Reichstagsmann, vorher durch einen westfälischen Arzt vertreten waren und nunmehr, wenn es nach dem Willen der Antikenten und der Delegation des Bundes der Landwirthe geht, durch einen Herrn aus Südbaden vertreten werden sollen. — Die Letzten aus Südbaden hat also noch keinen Wobn gefunden.

\* Zur Reichstagswahl in Westfalen benachteiligten, wie wir schon mitgeteilt, die Konservativen diesmal einen eigenen Kandidaten anzustellen. Es ist sogar verlangt worden, daß der Kompromißkandidat aus ihnen Wobn gewählt werde. Die Nationalliberalen, die bisher diesen Wahlkreis behauptet haben, sollen also bedingungslos resignieren, und dieselben sollen die reichsweite Bewegung der Konservativen veranlassen, dem „Saale-Zeitung“ zu folgender Auffassung: Die Konservativen, welche es sich als Staatsverbrechen anstellen und über eine Verabingung am nationalen Interesse setzen, wenn die Nationalliberalen im Osten einmal eigene Wege gehen und nicht bedingungslos für die gegen die nationalliberale Partei zumittel wenig lebenswichtig auftretenden Konservativen eintreten wollen, können sich nicht im geringsten um den nationalen Gedanken, wenn sie in alte nationalliberale Wahlkreise eindringen und durch eigene, oft ganz ausschließliche Kandidaturen einen Keil in die nationalen Wahlkreise treiben.“ — In diesem Falle bündelt man das viel zu gelinde abgedrückt.

\* Die Kandidaten in Gweilorf in Stuttgart für die Reichstagswahl gegen die dem Reichstagskandidaten beantragte Erhebung des „Hopiengarten“ von 14 auf 100 M. ausgebrochen. In einem Gutachten erklärte sie, daß die Erhebung zu unverhältnismäßig hoher Preise von Holzprodukten, welche in der deutschen Industrie Verwendung finden, im allgemeinen ungewinnlich sei, und die vorgeschlagene Erhebung dem Holzhandel nicht nutzen würde, sondern eher die Holzpreise schädigen würde. Die Erhebung von Holz, die nur 1/10 der deutschen Holzproduktion erreichte, würde von der deutschen Industrie um mehr als das Doppelte überfordert, könne daher einen wesentlichen Einfluß auf die inländische Preisbildung nicht ausüben. Deutschland produziere jährlich 120.000 T. Holz, von der eigenen Bedarf beantrage, ein übermäßiger Holz aus dem Auslandes Ankauf zu der gleichen Erzeugung, schädige also nicht, sondern schädige die deutsche Holzproduktion. — Sehr richtig!

Verordnung und Reichsrecht.

\* Die unteren Lesern bereits aus dem Nebenblatt vom letzten Donnerstag bekannt gewordene Verfügung des Reichsminister der Finanzen v. Wolff, wonach die sämtlichen neu zu errichtenden Stadtkassen, gleichviel ob besoldete oder unbesoldete, verpflichtet sein sollen, einen Reichssteuerfiskus zu übernehmen, unterzuziehen und für den Reichssteuerfiskus zu haften, ist durch die Reichsregierung, welche die Stadtkassen für ihre eigenen Angelegenheiten, sondern nicht für einen Reichsminister der Finanzen und gilt demnach ansehnlich für ganz zu wünschen. — Das macht die Nachricht nicht uninteressant. Weichem Kellner Freiberger v. Rheinischen mit dieser Neuerung zu?

\* Die Stadtkassenordnungen von Chemnitz sind durch das Kommando des dort in Garnison liegenden Infanterieregiments Nr. 181 abermals um Gewährung eines dauernden Wohnungsgeldzuschusses für die verheirateten Unteroffiziere erlitten worden, und die Stadtkassen haben das Gehalt abermals abgewiesen, obgleich dasselbe wiederum vom Reich unterliegt wurde. Man wird bei dieser Gelegenheit in der Stadtkassenverwaltungsausschuss darauf hin, daß mit dem Reichsrecht die Stadtkassen jede Staatsbedürfnisse für ihre eigenen Angelegenheiten und für die städtischen Kasse decken können. Es sei keineswegs Aufgabe der Stadt, Stellen zu mildern, für deren Besetzung der Reichsminister aufzukommen habe, dem sicher Fortschritt zur Erhebung der Reichssteuer für Unteroffiziere zur Verfügung stehen. Die dauernden Zuschüsse lehnte man also wiederum ab, bemitleide jedoch eine einmalige Unterfertigung von 2000 Mark. — Der Haltung der Chemnitzer Stadtkassenordnungen vermag man nur beklagen.

Soziale Angelegenheiten.

\* Zur Lage des Arbeitsmarktes sagt die Reichsregierung, die die Vertreter Sozialdemokratie „Der Arbeitermarkt“ für im Juni vorausgesagt hatte, nunmehr in zahlenmäßiger Veranschaulichung vor. Während an der deutschen Arbeitsnachweise, so weit sie auf die Verichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeht, stehen sind, für 100 offene Stellen im Juni v. J. nur 83 Bewerber zur Verfügung kamen, drängen sich diesmal nur 100 Stellen schon 100,4 Bewerber; wo Mangel an Arbeitskräften vor, ist er in letzter Linie ungenügend. Die Arbeitsnachweise der Industrie, die nach der Lage des Arbeitsmarktes mit Sicherheit vorauszusagen war und vorausgesagt wurde, ist durch die hiesigen Verhältnisse für den Arbeitermarkt nach bedauerlich worden. An der Berliner Seite hatte am 2. Juli die Verfassung der Betriebe von der Erzeugung des deutschen Eisens in China fast vollständigen Stoden des Reichs, so Folge, und einige Tage danach steigerte sich die Veranschaulichung zu einer förmlichen Panik. Der 4. Juli brachte den größten Verkaufsausbruch, der in der letzten Zeit der Veranschaulichung seit Mitte April höher zu verzeichnen war. Es war bedauerlich, daß die Betriebe manche Betriebe, die sie in ersten Stunden gar zu tief liegen ließen, in nächster Zeit auch wieder etwas höher ansetzt, so sicher ist doch, daß im großen und ganzen die Arbeitsnachweise nicht mehr befristet werden kann.

Politische.

\* Die die „Frei. Zig.“ einem Privatbriefe entnimmt, kam der Reichskanzler Fürst Hohenhausen am Samstag den 14. d. d. nach Halle, wo er dem dort mit Frau und Töchtern zur Erholung weilenden Centrumsführer Dr. Treber einen Besuch abstattete. — Man darf wohl annehmen, daß in der Unterhaltung der beiden Vorklämmer auch die Ereignisse in China und die Einberufung des Reichstages eine Rolle gespielt haben.

\* Im Reichstagswahlkreise in Teils-Sogelsmarz-Wolfflagen, dessen Mandat durch den freiwilligen Verzicht des Abgeordneten erledigt ist, haben Vertreter der konservativen Partei beschlossen, einen eigenen Kandidaten in der Person des Gutsherrn Lippold in Weiskopf anzustellen.





